

Sozialverband Deutschland (SoVD)
Abteilung Sozialpolitik
Stralauer Str. 63
10179 Berlin

1. Sozialabbau stoppen – Armut bekämpfen

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Materielle Not und die Demütigung durch Armut haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Armut muss zunehmend fürchten, wer arbeitslos, krank oder alt wird. Auch die Furcht vor Armut verletzt die Würde des Menschen in unserer Sozialordnung und bedroht seine Freiheit. Welche Wege aus der Armut und der wachsenden Spaltung der Gesellschaft können Sie aufzeigen?

Der Furcht vor Armut kann mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen begegnet werden. Egal, ob erwerbstätig, erwerbslos, Kind, Rentner, abhängig beschäftigt oder selbstständig die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist immer gesichert. Freiheit statt Angst ist ein zentrales Merkmal des Bedingungslosen Grundeinkommens. Allerdings ist dies ein Paradigmenwechsel, der zwar ihre obigen Erwartungen umsetzt aber nur langfristig umsetzbar ist. Aber Schritte dahin sind mit dem Kindergrundeinkommen, dem Bildungsgrundeinkommen und der Altersgrundsicherung wenigstens mittelfristig machbar. Unmittelbar wollen wir der Furcht vor Armut durch die Abschaffung der Sanktionen zu ALG II und der Einführung eines bundesweiten Mindestlohns begegnen.

Durch die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben hat sich neben der privaten Armut auch die öffentliche Armut ausgebreitet. Welche Möglichkeiten und politischen Handlungsnotwendigkeiten sehen Sie, die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte zu verbessern und die sozialen Sicherungssysteme zu stärken?

Generell sind wir für eine Konsolidierung des gesamten Staatsapparates. An vielen Stellen wird Geld zum Fenster raus geworfen. Das muss aufhören. Des Weiteren muss den Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung stehen. Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat immer mehr Geld aus den Kommunalen Haushalten in den Bundeshaushalt umgelenkt. Dort wurde das Geld benutzt, um stagnierende Löhne durch geringere Sozialabgaben zu vertuschen. "Mehr Netto vom Brutto", aber bitte nicht so.

Die im Jahr 2011 erfolgte Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze ist weder transparent noch bedarfsgerecht. Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer realitätsgerechten und transparenten Neubestimmung der Regelsätze, um ein menschenwürdiges und sozioökonomisches Existenzminimum zu gewährleisten?

Die Problematik der Festlegung des sozioökonomisches Existenzminimum erstreckt sich auch auf das Bedingungslose Grundeinkommen und in diesem Zusammenhang ist dies in Diskussion. In unserer Programmatik ist dies zur Zeit nicht verankert. Grundsätzlich ist Transparenz ein zentrales Anliegen der Piratenpartei und zudem fordern wir eine Anhebung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II. Auf dieser Basis erscheint die obige Forderung unterstützenswert.

Die Armut der Eltern darf nicht den Lebensweg ihrer Kinder prägen. Werden Sie dafür eintreten, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die gleichen Chancen auf Bildung erhalten und jeder Jugendliche Zugang zur Berufswelt bekommt?

Bildung und der freie Zugang zu dieser ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir bestehen auf einer Besserstellung des gesamten Bildungssystems. Der freie Zugang zu steuerfinanzierten Bildungseinrichtungen muss unabhängig von Einkommen der Eltern gewährleistet sein. Wir lehnen Bildungsgebühren jeglicher Art für steuerfinanzierte Bildungseinrichtungen kategorisch ab, da sie den Zugang zu Bildung einschränken. Dies gilt für alle Ebenen also von frühkindlicher bis zur universitären Bildung. Zudem setzt sich die Piratenpartei für den Einsatz von frei zugänglichen und frei nutzbaren Bildungsressourcen ein.

Neben dem Zugang zur Bildung gilt es auch Kinderarmut direkt zu bekämpfen. Daher setzt sich die Piratenpartei auf Bundesebene für die Einführung eines Kindergrundeinkommens ein. Nach UNICEF-Angaben liegt der Anteil der Kinder, die in Deutschland unter Kinderarmut leiden, bei 8,8 %.

Familienpolitisch halten wir die Realisierung eines Kindergrundeinkommens für kurzfristig umsetzbar. Schon heute zahlt der Staat bereits etwa 400 Euro je Kind an direkten, monatlichen Transferleistungen für Familien. Durch die einkommensabhängige Verteilung werden diese Zahlungen jedoch unterschiedlich verteilt. Dies lehnen wir ab, weil dies unserem Verständnis von Chancengleichheit widerspricht. Jedes Kind hat einen Anspruch auf Chancengleichheit.

2. Engagiert für Menschen mit Behinderungen

Die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben muss deutlich verbessert werden. Unterstützen Sie in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Beschäftigungspflichtquote auf mindestens 6 Prozent? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ausgleichsabgabe für die Unternehmen deutlich angehoben wird, die ihre Beschäftigungspflicht überhaupt nicht erfüllen?

Wir haben diese Position noch nicht in unserer Programmatik verankert, stehen dem aber positiv gegenüber da wir eine inklusive Gesellschaft anstreben.

Behinderte Kinder haben ein Recht auf inklusive Bildung, doch es wird in Deutschland unzureichend umgesetzt. Wie werden Sie sich für die Verwirklichung dieses Rechts einsetzen? Werden Sie dafür eintreten, dass sich Bund und Länder im Bereich inklusiver Bildung gemeinsam zu hohen Qualitätsmaßstäben, einschließlich Fortbildung, Barrierefreiheit und Begleitung von Umsetzungsprozessen, verpflichten und dass hierfür das strikte Kooperationsverbot gelockert wird?

Eine Aufhebung des Kooperationsverbots steht nicht nur wegen der Inklusionspolitischen Problematik auf unserer Agenda ganz oben.

Die Reform der Eingliederungshilfe muss zu einem Mehr an Selbstbestimmung und Teilhabe führen. Befürworten Sie eine Reform der Eingliederungshilfe, die individuell bedarfsdeckende Leistungen durch einen offenen Leistungskatalog auch künftig sicherstellt? Unterstützen Sie die Forderung des SoVD nach einer stärkeren Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Eingliederungshilfe?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und damit die persönliche Assistenz nicht mehr unter die Sozialhilfe fällt. Der Zustand, dass behinderte Menschen kein Vermögen besitzen dürfen und kein Recht auf Einkommen über 1.400 haben, muss auf der Stelle im Sinne der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verändert werden.

3. Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung

Noch nie hatten Rentnerinnen und Rentner so hohe Kaufkraftverluste zu verzeichnen wie in den letzten zehn Jahren. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass der fortwährende Wertverfall bei den Renten gestoppt werden muss? Werden Sie sich mit uns für eine Streichung der Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel und damit für eine Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen einsetzen?

Ja, wir wollen die Rente grundlegend reformieren:

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten.

Erwerbsgeminderte Menschen tragen bereits heute ein besonders hohes Armutsrisiko. Werden Sie sich mit uns dafür einsetzen, dass es sowohl für die heutigen als auch die künftigen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner Leistungsverbesserungen gibt? Sind Sie für die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten?

Auch dieses gruppenspezifische Problem kann unser Ziel der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens lösen. Zwar ist dies ein langfristiges Ziel, aber die Einführung der Altersgrundsicherung als ein Schritt zum Grundeinkommen erscheint uns vorab möglich. Dies wird gerade erwerbsgeminderte Menschen helfen, womit Spezialregelungen wie die genannten Abschläge oder die Erwerbsminderungsrente an sich überflüssig werden.

Die künftig steigende Altersarmut begründet einen Handlungsauftrag an die Politik. Sind Sie mit dem SoVD der Auffassung, dass der steigenden Altersarmut in erster Linie durch einen verbesserten Aufbau von Rentenansprüchen (z. B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, eine Erwerbstätigenversicherung) und durch bessere Rentenleistungen begegnet werden muss? Werden Sie sich für das SoVD-Rentenfreibetragsmodell einsetzen, wonach Renteneinkünfte teilweise von der Anrechnung bei der Grundsicherung freigestellt werden?

Wir setzen uns für eine vollkommene Reform der Rentenversicherung ein. Sie besteht aus der Einbeziehung aller zu versteuernden Einkommensarten aller Menschen und der Auszahlung in einem Korridor von Mindest- und Höchstrenten nach Schweizer Modell. Wer sich darüber hinaus versichern möchte, kann das gerne tun. Weil er es kann, nicht weil er es muss.

Bei unserem langfristigem Ziel der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens entfallen die Anrechnungsregelungen bei der Grundsicherung, so dass die in Ihrem Rentenfreibetragsmodell thematisierte Gerechtigkeitslücke völlig verschwindet.

4. Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen

Die solidarische Krankenversicherung entspricht dem Grundsatz „Starke Schultern tragen mehr“. Der SoVD hat für die Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung Anforderungen aufgestellt. Sind auch Sie der Meinung, dass die solidarische Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden muss?

Die Finanzierung des Gesundheitssystems betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sehen wir in der Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherung unter Berücksichtigung möglichst aller Einkommensarten ein sinnvolles Modell zur Finanzierung dieses Systems. Wir erkennen allerdings die Einschränkungen der Wahlfreiheit in dieser Art der Finanzierung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Anbieter privater Krankenversicherungen an und verstehen ihre Bedenken. Daher setzen wir uns für einen Volksentscheid ein, um einen gesellschaftlichen Konsens in dieser wichtigen Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu erreichen.

In einem solidarischen Gesundheitssystem muss der Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger ohne Vorleistungen gewährleistet werden. Sind Sie der Meinung, dass deshalb einseitige Belastungen der Versicherten, wie zum Beispiel die pauschalen Zusatzbeiträge und Zuzahlungen bei Heil- und Hilfsmitteln wie beispielsweise bei Hörgeräten, Sehhilfen und Zahnersatz, abgeschafft werden müssen?

In unseren Beratungen haben wir die Problematiken des hochkomplexen Systems immer differenziert betrachtet. So haben wir nicht jede Gesundheitsleistung auch als sinnvoll identifizieren können. Folgend werden wir auch nicht den Zugang zu nicht sinnvollen Leistungen zu Lasten der Versichertengemeinschaft befürworten. Bei den von Ihnen erwähnten Zuzahlungen z.B. handelt es sich eben nicht um einseitige Belastungen der Versicherten, vielmehr haben wir nur die Patienten als belastet identifiziert. Beim Zahnersatz ist es uns trotz gesetzlicher Auflage an den G-BA nicht gelungen eine Auswertung des Festzuschussystems zu finden. Wir werden also in einem ersten Schritt sicherlich vor allem dafür eintreten, dass Leistungen und Regelungen evaluiert werden. Abhängig von den Ergebnissen werden wir unser Programm dann fortschreiben.

Krankheiten verhindern, heilen bzw. ihre Wirkung mindern kann man nur, wenn ein bedarfsgerechtes und qualitätsgesichertes Leistungsspektrum zur Verfügung steht. Wie wollen Sie den derzeitigen Leistungskatalog ausbauen, damit allen Bürgerinnen und Bürgern, die von ihnen benötigten, dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechenden Leistungen gleichberechtigt zur Verfügung stehen?

Wir anerkennen ausdrücklich den Wert evidenzbasierter Gesundheitsinformationen und werden die Arbeit des Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen unterstützen sowie die Einrichtung ähnlicher Institute in den anderen Bereichen (Hilfsmittel, Methoden ...) fördern.

5. Pflegerisiko solidarisch absichern

Die Trennung in Private Pflegepflichtversicherung und Soziale Pflegeversicherung verletzt den Gedanken der Solidarität zwischen gesunden und kranken sowie wohlhabenden und armen Menschen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Pflegeversicherung unter Berücksichtigung der Anforderungen des SoVD zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterentwickelt wird?

Die Piratenpartei spricht sich in ihrem Programm, für eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems aus. Dies am ehesten am Modell einer Bürgerversicherung, in die auch die Pflegeleistungen einbezogen werden können. Die Leistungen einer solchen solidarischen Finanzierungsform, müssen die Bedürfnisse der zu Pflegenden erfassen und erfüllen. Eigenständige private Versicherungsformen können auf Wunsch zusätzlich abgeschlossen werden.

Die meisten Menschen wollen auch bei eintretender Pflegebedürftigkeit in einer häuslichen Umgebung leben. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen, um den gesetzlich festgeschriebenen Vorrang der ambulanten Pflege vor stationärer Pflege zeitnah in die Praxis umzusetzen?

Selbstbestimmtes Wohnen und Leben, ist eines der wichtigsten Güter, das unsere Lebensqualität ausmacht. Zahlreiche Pflegemodelle zielen darauf ab, Menschen mit eintretender Pflegebedürftigkeit in einer häuslichen Umgebung zu unterstützen. Pflege im Quartier oder auch in Pflege-Wohngemeinschaften, die in enger Vernetzung von zu Pflegenden, Angehörigen und ambulanten Pflegediensten betreut werden, sind gute Beispiele für eine bedürfnisorientierte ambulante Pflege. Es ist hier notwendig bürokratische Hürden zu senken, zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu eröffnen und den Begriff der Pflegebedürftigkeit an die täglichen realen Anforderungen anzupassen.

Die derzeit geltende Definition von Pflegebedürftigkeit fokussiert auf körperliche Beschwerden. Sie benachteiligt Menschen mit kognitiven Einschränkungen und psychischen Behinderungen systematisch. Was werden Sie unternehmen, um die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Begutachtungsinstruments auf Basis der Beiratergebnisse aus 2009 und 2013 schnellstmöglich umzusetzen?

Die in 2009 verfassten Empfehlungen des Beirates unter Vorsitz von Dr. Gohde haben trotz der Reformen der Bundesregierung ihre Aktualität nicht verloren. Es gilt also nicht neue Werkzeuge zu entwickeln, die auch nicht körperlich erkrankten und pflegebedürftigen Menschen zu Gute kommen, sondern den Stillstand im Reformprozess laut zu artikulieren und die Empfehlungen umzusetzen. Eine auf körperliche Defizite ausgelegte Definition von Pflegebedürftigkeit ist unzureichend, um den vielen von Pflege betroffenen gerecht zu werden. Von Seiten der Piratenpartei können sie erwarten, dass wir ausdauernd darauf hinweisen werden, dass nachdem fast eine Generation von Pflegenden alleine gelassen wurde, nun zeitnah eine Verbesserung der Gesetzeslage notwendig ist.

6. Sozialen Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sichern

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat vor allem im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung zu einer massiven Zunahme von prekärer Beschäftigung geführt und sich damit für die Arbeitnehmerschaft fatal ausgewirkt. Teilen Sie unsere Bewertung, dass der Arbeitsmarkt wieder reguliert werden muss, um Fehlentwicklungen wie z. B. die erhebliche Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisses zu beseitigen?

Wir setzen uns für die Begrenzung der Leiharbeit ein. Leiharbeit stellt für die Wirtschaft ein sinnvolles und notwendiges Instrument dar, um Auftragsspitzen zu bewältigen. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Instrument von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht wird, den Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhne zu umgehen.

In einzelnen Unternehmen stellen die Leiharbeitskräfte mittlerweile selbst betriebsintern eine Art Konkurrenz und Druckmittel gegen die Stammbesellschaft dar. Oftmals kosten die Leiharbeiter die Arbeitgeber sogar noch weniger als Mitarbeiter der Stammbesellschaft, da die Entleiher die Leiharbeiter zu Niedrig(st)-Löhnen beschäftigen. Dies führt langfristig in die Niedriglohnspirale.

Leiharbeit sollte aus diesem Grund - wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war - begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbesellschaft in Höhe von zehn Prozent einführen.

Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, die mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von unter 7 Euro entlohnt werden, ist stark gestiegen. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro einzuführen ist?

Die Piratenpartei fordert bis zur Einrichtung einer Expertenkommission die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse. Die Expertenkommission soll dabei die stetige Anpassung des Mindestlohns an die Lebenshaltungskosten und Lohnentwicklung sichern.

Die Bedeutung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung ist in den letzten Jahren immer stärker zurückgedrängt worden. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie durchzuführen, um die soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wieder herzustellen?

Wir wollen das Bedingungslose Grundeinkommen einführen, das auch Zahlungen insbesondere von ALG 2 ersetzen würde. Bis dahin fordern wir eine Aufhebung der Sanktionsmöglichkeiten, da diese die soziale Sicherheit der Betroffenen erheblich reduzieren.

7. Frauen und Männer konsequent gleichstellen

Das Betreuungsgeld gefährdet wichtige Ziele der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass das Betreuungsgeld gestoppt sowie Krippen und Kindertagesstätten ausgebaut werden sollten?

Wir lehnen das Betreuungsgeld ab und fordern stattdessen den Ausbau von wohnort- oder arbeitsplatznahen Einrichtungen zur Kinderbetreuung von der Geburt an.

Die berufliche Teilhabe von Frauen mit einer Behinderung bleibt hinter der von Frauen ohne Behinderung weit zurück. Welche Pläne verfolgen Sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Berufschancen zu bieten?

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich insgesamt für die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben im Sinne der Inklusion ein. Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt. So wurde der Forderung nach der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mehrfach beschlossen. Zudem sehen wir den Zugang zur Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen auch für die berufliche Entfaltung als wichtig an.

Frauen erhalten für gleiche Arbeit immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Um den nach dem Grundgesetz verpflichtenden Gleichheitsgrundsatz herzustellen und Armut im Alter vorzubeugen, ist die Entgeltgleichheit für Frauen dringend notwendig. Welche Vorschläge unterbreiten Sie, um eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu gewährleisten?

Langfristig sichert das von uns angestrebte Bedingungslose Grundeinkommen jeden gegen Armut im Alter ab. Besondere Regelungen z.B. für Frauen sind dann nicht mehr notwendig. Zudem erhöht es die Souveränität der Arbeitnehmerin, denn schlecht oder ungleich bezahlte Jobs können abgelehnt werden.

Kurzfristig haben sich verschiedene Kandidatinnen und Kandidaten der PIRATEN für den Bundestag bereits für ein **Entgeltgleichheitsgesetz** ausgesprochen und die generelle Forderung nach gleicher Bezahlung steht in unserem Wahlprogramm. Wir legen dabei Wert auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, denn es kann nicht sein, dass ein männlicher Maschinenwärter mehr verdient als eine weibliche Kindergärtnerin. Die Piratenpartei steht außerdem für mehr Transparenz, denn oft kann schon Transparenz über Missstände dazu beitragen, diese Missstände zu verringern. Die Datenlage zur Entgeltungleichheit in Deutschland ist jedoch schlecht - hier wünschen wir Veränderungen und mehr Berichtspflichten durch Unternehmen.

Außerdem liegen Parteibeschlüsse oder Meinungsbilder für folgende gesetzliche Regelungen vor, die indirekt zur Beseitigung des Gender Pay Gaps beitragen werden:

- * Einen Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt.
- * Einen Rechtsanspruch, von einer Teilzeitstelle wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Teilzeitarbeit muss außerdem auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.
- * Einen gesetzlichen Mindestlohn von € 9,02 bei regulären und € 9,77 bei befristeten Arbeitsverträge bis zur endgültigen Berechnung durch eine Expertenkommission bei jährlich neuer Berechnung.
- * Eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst, die diesen verpflichtet, in Vorbildfunktion Teilzeitarbeit und "kurze Vollzeit" auch in der Ausbildung und in Führungspositionen anzubieten.
- * Abschaffung des Ehegattensplittings.

8. Europa sozial gestalten

Die EU darf keine reine Wirtschaftsgemeinschaft sein, sondern braucht auch eine soziale Dimension. Auf der anderen Seite liegt die Kernkompetenz für die Sozialpolitik bei den Mitgliedsstaaten. Werden Sie sich mit dem SoVD dafür einsetzen, dass die Kernkompetenz der Mitgliedsstaaten für die Sozialpolitik erhalten bleibt und politische Entscheidungen auf europäischer Ebene die sozialen Standards in Deutschland nicht verschlechtern dürfen?

Als Teil einer transnationalen politischen Bewegung, sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung, den Bestand der europäischen Idee sicherzustellen. Unser Ziel ist es, ein durch eine gemeinsame Verfassung konstituiertes rechtsstaatliches, demokratisches und soziales Europa zu gestalten. Die aktuelle Rettungspolitik aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen ist für uns ein Schlag ins Gesicht der Bürger.

Entsprechend ist unser Ziel eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe in ganz Europa. Durch ein Europäisches bedingungsloses und steuerfreies Sockeleinkommen könnte hier ein erster Schritt getan werden.

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene auf alle unbaren Geldtransaktionen eine minimale Abgabe von z. B. 0,1 bis 0,2 % erhoben und daraus allen Bürgern der EU monatlich ein individuelles bedingungsloses Sockeleinkommen ausgezahlt wird. Die Transaktionsabgabe wird jeweils zur Hälfte vom Überweisenden und vom Zahlungsempfangenden getragen und automatisch von der ausführenden Bank abgeführt. Sie wird ebenfalls fällig beim Aus- oder Einzahlen von Bargeld.

Weder die Abgabe noch das europäische bedingungslose Sockeleinkommen werden von anderen möglichen Transaktionssteuern oder Transferleistungen auf europäischer oder nationaler Ebene tangiert; sie können durch solche Maßnahmen ergänzt und z. B. aus nationalen Mitteln zu einem Existenz und Teilhabe sichernden bedingungslosen Grundeinkommen aufgestockt werden.